

Ummoralische Angebote

Hamburg ist Deutschlands zweitgrößte Stadt.
Das gilt aber nicht für die Kultur

Hubertus Gabner ist in einer verzwickten Lage. Sein Vertrag als Direktor der Hamburger Kunsthalle soll dieser Tage verlängert werden, das neue Angebot, das ihm vorliegt, hat aber einen Pferdefuß: Von 2011 an wird er – wie alle zukünftigen Museumsdirektoren bei Vertragswechsel auch – leistungsbezogen bezahlt. Zwanzig Prozent seines Gehalts werden Gabner dann nur bezahlt, wenn er die Leistungsvereinbarungen mit der Kulturbehörde erfüllt. Da diese von den Museen momentan vor allem verlangt, dass sie Geld sparen, bedeutet es für den Direktor, „dass ich mein volles Gehalt nur dann bekomme, wenn ich frei werdende Stellen nicht mehr besetze, wenn ich Leute entlasse oder Museumsteile schließe.“ Gabner nennt das ein „ummoralisches Angebot“.

Diese Leistungsklausel ist Teil eines neuen Museumsgesetzes, mit dem zum wiederholten Male versucht wird, die galoppierenden Defizite bei den sieben staatlichen Museen in Hamburg zu stoppen. Nachdem diese 2007 mit 13,5 Millionen Euro entschuldigt wurden, stehen aktuell wieder rund sieben Millionen Euro Unterdeckung zum Nachfüllen an. Der Ruf der Hamburger Museen bei der Finanzbehörde ist deswegen mittlerweile so miserabel, dass sie die Geschäftsführer zwingt, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, egal zu welchen Bedingungen. Und das neue Museumsgesetz, das am 1. Juli verabschiedet werden soll, verpflichtet den Instituten nur dann eine neue finanzielle Entschuldung, wenn sie drei Jahre lang die Schwarze Null schreiben.

Für die Praxis hat diese Vorgabe desaströse Konsequenzen. Da die Museen an den Fixkosten wie Miete und Personal kaum sparen können oder dürfen, müssen sie dort kürzen, wo der Besucher es sofort merkt: bei Ausstellungen, Marketing und Begleitprogrammen. Die große Ausstellung „Der Norden“, die fertig konzipiert ist und 2011 in den vier stadthistorischen Museen stattfinden sollte, liegt ebenso auf Eis, wie alle anderen Großprojekte der Hamburger Ausstellungshäuser in der Planung verharren. Und das neue Gesetz verschärft die Probleme der Museen noch: Zukünftig dürfen Direktoren überhaupt nur dann noch Sonderausstellungen machen, wenn sie schon in der Planungsphase ihrem Aufsichtsrat nachweisen können, dass sie die Kosten zu 75 Prozent aus Drittmitteln und den Rest aus Eintrittserlösen finanzieren können.

Mit diesen Vorgaben könne er sein Haus nicht mehr führen, sagt Gabner unsono mit den anderen Direktoren, denn

**Der Direktor bekommt
sein Gehalt nur, wenn er seine
Institution beschädigt**

niemand kann zwei bis drei Jahre vor Ausstellungsbeginn eine komplette Finanzierung durch Stiftungen und Sponsoren nachweisen. Wenn diese Verordnung so umgesetzt werde, so Gabner, stünde er mit jedem Ausstellungsprojekt „mit drei Beinen neben dem Gesetz“. Der Kunsthallen-Chef betont wie seine Kollegen immer wieder die strukturelle Unterfinanzierung der Hamburger Museen, die im Vergleich zu Instituten in Berlin, Stuttgart, München, Hannover, Köln oder Frankfurt halb so viel Subventionen pro Quadratmeter bekamen. Laut dem neuen Museumsgesetz sind die Museen allerdings angeblich „auskömmlich“ finanziert.

Diese auskömmliche Finanzierung ist nicht mehr als die klassische Sockelfinanzierung. Jede Aktivität, die über das Zeigen der Sammlung hinausgeht, muss fremdfinanziert werden. Da das Engagement privater Sponsoren mit der Finanzkrise stark zurückgegangen ist, bleiben als Ansprechpartner vor allem die Kulturstiftungen, die sich vor Anträgen nicht retten können. Ein Zwei-Millionen-Euro-Budget für Sonderprojekte, der Teil des neuen Museumsplans ist,indert die Not zwar ein wenig. Doch soll dieses Geld von einer externen Jury nach bisher unbekanntem Kriterien unter den Museen verteilt werden. So froh die Direktoren über diese Hilfe sind, so klar

werden die Begleitumstände als Brüstierung wahrgenommen.

Da die Direktoren und Geschäftsführer der Museen es langsam leid sind, wie die „Deppen behandelt zu werden, die es nicht auf die Reine kriegen“, häufen sich neuerdings die Einwürfe der eher unqualifizierten Art. Teil- und Vollschließungen von Museen als Konsequenz des harten Sparkurses werden in der Öffentlichkeit lanciert und dann von der Behörde wieder demontiert. Manche Direktoren widersprechen, wie Hubertus Gabner, den Aussagen der Kultursenatorin Karin

**Versprechen abgeben müssen,
bei denen völlig unklar ist,
ob sie gehalten werden können**

von Welck in der Öffentlichkeit und werden dann zum Rapport bestellt. Andere wollen gar keine Stellungnahmen mehr geben oder antworten mit dem lakonischen Satz: „Die Kulturbehörde hat immer recht.“ Durchgängig bemängelt werden eine faire Ursachenforschung und die konstruktive Begleitung des Konsolidierungsprozesses durch die Behörde. Man werde erst an den Pranger gestellt, und dann im Stich gelassen.

Jetzt will der Hamburger Senat sogar eine halbe Milliarde Euro pro Jahr bei den Ausgaben sparen. In einer Regierungserklärung, die am Mittwoch veröffentlicht wurde, nannte Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust zwar keine konkreten Entwicklungen im Kulturbereich. Aber die Behörden müssen bis zum September nach Quote kürzen. Das Museum der Arbeit – gerade mal zwanzig Jahre alt – gilt als besonders von der Schließung bedroht.

Dass Städte wie Berlin, Frankfurt oder München eine große Zahl an Besuchern und Touristen mit spektakulären Kunstausstellungen und Museumsneubauten gewinnen und selbst das gebeutelte Ruhrgebiet vornmacht, dass der städtische Strukturwandel ohne Investitionen in die kulturelle Attraktivität nicht funktioniert, wird in Hamburg konsequent ignoriert. Darunter leiden nicht nur die großen Museumsstiftungen.

Die Kampnagel-Fabrik, einer der wenigen Hamburger Kulturflecken mit internationalem Bekanntheitsgrad, hat seit siebzehn Jahren keine Erhöhung seiner Zuschüsse mehr bekommen – was einer realen Kürzung von mehr als zwanzig Prozent entspricht. „Weltweit gibt es nicht ein Haus für Avantgarde-Kunst von unserer Größe und Bedeutung, das so wenig Geld bekommt wie wir“, sagt Kampnagel-Chefin Amelie Deuffhard. Dass dieses Zentrum für Theater, Performance, Musik und Debatten dennoch mit großem Erfolg gerade seine Besucherzahlen erhöht hat, liegt daran, dass die Leitung den größten Teil ihrer Arbeit mit Geld-Akquise bei mehr als siebzig Stiftungen verbirgt. Zu den 3,6 Millionen Subventionen, die nicht einmal für den Betriebsaufhalt genügen, hat Deuffhard drei Millionen Euro hinzubesorgt, mit denen sie ein publikumswirksames Programm finanzieren konnte.

„Natürlich arbeiten wir das ganze Jahr unter vollem Risiko, müssen Versprechungen machen, von denen wir nie wissen, ob wir sie einhalten können“, sagt die einstige Leiterin der Berliner Sophiensäle. Deuffhard jammert nicht, sagt aber auch klar: „Im Vergleich mit anderen Städten hat man in Hamburg schon das Gefühl, dass die Kulturinstitutionen konsequent kaputtgespart werden.“ In die gleiche Kerbe schlägt Mathias von Hartz, der Leiter des Internationalen Sommerfestivals. Er habe die Hälfte des Etats jedes vergleichbaren Festivals in der Welt. Vor allem aber bemängelt Hartz, dass die Kultursenatorin Karin von Welck einfach nicht erkenne, welches Potential das einzige internationale Festival der Stadt hätte, wenn man es politisch und finanziell unterstützen würde, wie es Wien, Recklinghausen oder Avignon erleben. „In Hamburg fehlt ein kulturelles Bewusstsein“, ist Mathias von Hartz' bitteres Fazit.

Vielleicht wäre ein leistungsbezogenes Gehalt für Senatoren ja Anreiz für eine neue Kulturmoral. **TILL BRIEGLEB**